

## Entscheidungsvorschläge zu Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren

**BEZEICHNUNG DER MAßNAHME:**      **Bebauungsplan Nr. 276 „Südlich Helmingstraße“, Stadt Papenburg, Stadtteil Aschendorfermoor**

**VERFAHRENSGANG:**                      **Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

1. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn, 22.02.2024
2. Avacon Netz GmbH / Avacon Wasser / WEVG GmbH & Co. KG vom 20.02.2024
3. Tennet TSO GmbH, Lehrte vom 23.02.2024
4. Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Hannover vom 07.03.2024
5. Wasserverbandes Hümmling, Werlte vom 29.02.2024

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben Bedenken oder Anregungen/Hinweise zur Planung vorgetragen:

**1. Stellungnahme: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Archäologie, Oldenburg**  
**Datum: 21.02.2024**

**Inhalt**

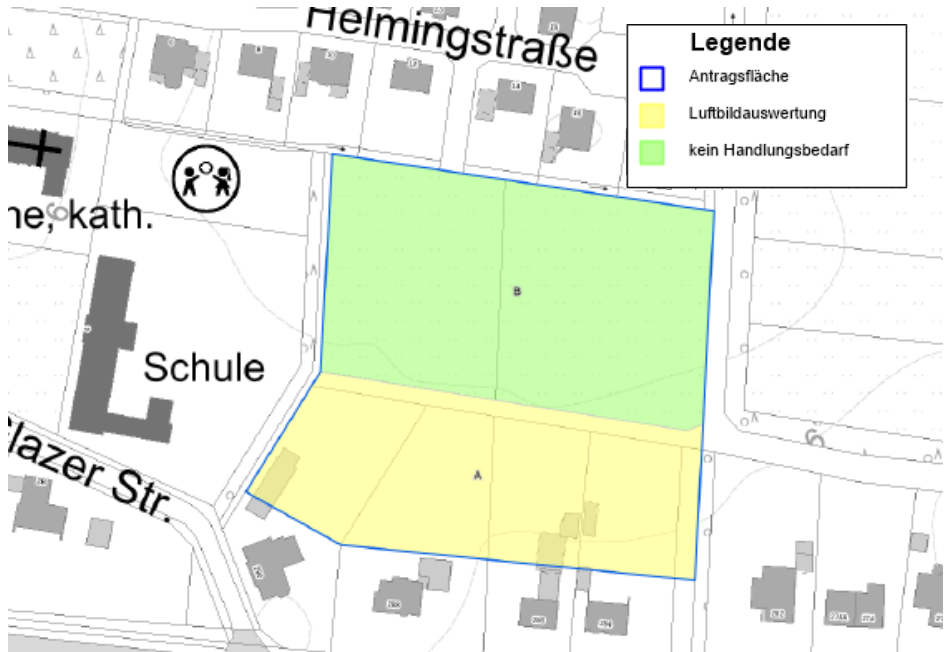
Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden dazu folgende Anregungen vorgetragen:

Aus dem Plangebiet sind nach unserem derzeitigen Kenntnisstand keine archäologischen Funde und Befunde bekannt Da die Mehrzahl archäologischer Funde und

**Entscheidungsvorschlag:**

Zur Kenntnisnahme.

<p>Befunde jedoch obertägig nicht sichtbar sind, können sie auch nie ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden ist bereits in den Planungsunterlagen enthalten und sollte unbedingt beachtet werden.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p><b>2. Stellungnahme: LGLN Regionaldirektion Hameln – Hannover, Hannover</b> <b>Datum: 21.02.2024</b></p> <p><b><u>Inhalt</u></b> Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage):</p> <p><u>Empfehlung: Luftbilddauswertung</u></p> <p><b><u>Fläche A</u></b></p> <p><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.</p> <p><i>Luftbilddauswertung:</i> Es wurde keine Luftbilddauswertung durchgeführt.</p> <p><i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p><i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p><i>Belastung:</i> Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p> <p><u>Empfehlung: kein Handlungsbedarf</u></p> <p><b><u>Fläche B</u></b></p> <p><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet.</p> <p><i>Luftbilddauswertung:</i> Nach durchgeführter Luftbilddauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.</p> <p><i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p><i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p><i>Belastung:</i> Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Die Stadt Papenburg hat eine Luftbilddauswertung beauftragt. Das Ergebnis ist in die Begründung eingestellt worden. Ergänzend wurde in die Planunterlagen ein Hinweis auf den allgemeinen Verdacht von Kampfmittel im Plangebiet eingestellt.</p>

 <p><b>Hinweise:</b> Die vorliegenden Luftbilder können nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen bei der RD Hameln-Hannover des LGLN.</p>	<p>Ein entsprechender Hinweis ist bereits in den Planunterlagen enthalten.</p>
<p><b>3. Stellungnahme: Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Hannover</b> <b>Datum: 27.02.2024</b></p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p>

<p><b><u>Inhalt</u></b>  In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p><b><u>Hinweise</u></b>  Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen / -untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	<p>Die Stadt wird die Bauwilligen bezüglich der Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver verweisen. In den Bauleitplanunterlagen ist bereits ein Hinweis auf die Erstellung entsprechender Baugrundgutachten, unter Verwendung und Beachtung der nebengenannten Normen, enthalten</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p><b>4. Stellungnahme: Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV), Geschäftsbereich Lingen</b>  <b>Datum: 21.02.2024</b></p> <p><b><u>Inhalt</u></b>  Vorgesehen ist die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 276 "Südlich Helmingstraße" der Stadt Papenburg. Das Plangebiet befindet sich im Ortsteil Aschendorf, zwischen der Gemeindestraße "Helmingstraße" und der Kreisstraße 106 "Gutshofstraße". Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Gemeindestraße "Helmingstraße".</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

<p>In straßenbau- und verkehrlicher Hinsicht bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes grundsätzlich keine Bedenken unter folgendem Hinweis:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Von der Landesstraße L62 gehen Emissionen aus. Für die geplanten Bauvorhaben können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutzes geltend gemacht werden.</li> </ul>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Der Hinweis wird, zusätzlich ergänzt um die K106, in die Begründung und die Planunterlage aufgenommen.</p>
<p><b>5. Unterhaltungsverband (UV) 104 „EMS IV“, Geschäftsstelle Aschendorf</b> <b>Datum: 08.03.2024</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u></p> <p>Zu dem o.a. Bebauungsplan Nr. 276 bestehen seitens des Verbandes keine grundsätzlichen Bedenken, wenn folgende Auflage und Bedingung eingehalten wird:</p> <p>1. Der UV 104 „Ems IV“ ist frühzeitig am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Um Übersendung einer Durchschrift des Beschlussvorschlages wird gebeten.</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die Auflage wird im Kapitel 1.5.2.1 zur Oberflächenentwässerung ergänzt.</p> <p>Dem UV 104 wird eine Durchschrift des Beschlussvorschlages übersendet.</p>
<p><b>6. Stellungnahme: EWE-Netz GmbH, Oldenburg</b> <b>Datum: 21.02.2024</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u></p> <p>Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p> <p>Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.</p> <p>Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die Versorgungsleitungen und -anlagen bleiben soweit möglich in ihrem Bestand erhalten und werden bei der Planung beachtet. Eventuelle Umlegungen von Leitungstrassen oder technischen Anlagen werden mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt.</p> <p>Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Versorgungsträger werden</p>

(Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plan- oder Baugebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ planen Sie bitte einen Versorgungstreifen bzw. -korridore für z.B. Telekommunikationslinien und Elektrizitätsleitungen gemäß DIN 1998 von mindestens 2,2 m mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6,0 m x 4,0 m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll. Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teilen Sie uns bitte die dafür notwendigen Informationen über den folgenden Link mit:

<https://www.ewe-netz.de/kommunen/service/neubaugebieterschliessung>

In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern. Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagen Auskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Plan Auskunftsportale über die konkrete Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen informieren:

<https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen>

vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen (z.B. im Zusammenhang mit der Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes für eine ggf. notwendig werdende Trafostation). Bestandspläne der Versorgungsunternehmen werden bei der Planung beachtet.

Die EWE wird darüber informiert, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o.a.) verzichtet werden soll.

Die Kostenregelung erfolgt gemäß den aktuellen Verträgen zwischen der Kommune und dem Versorgungsunternehmen.

Zur Kenntnisnahme.

Das Versorgungsunternehmen wird gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am weiteren Bauleitplanverfahren beteiligt. Zudem werden die Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Baubeginn in die Maßnahme vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen.

Zur Kenntnisnahme.

Zur Kenntnisnahme.

<p>Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Katja Mesch unter der folgenden Rufnummer: 0151-74493155.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p><b>7. Stellungnahme: Deutsche Telekom Technik GmbH, Osnabrück</b>  <b>Datum: 08.03.2024</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u>  Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Die Telekom wird die Voraussetzungen zur Errichtung eigener TK-Linien im Baugebiet prüfen. Je nach Ausgang dieser Prüfung wird die Telekom eine Ausbauentscheidung treffen. Vor diesem Hintergrund behält sich die Telekom vor, bei einem bereits bestehenden oder geplanten Ausbau einer TK-Infrastruktur durch einen anderen Anbieter auf die Errichtung eines eigenen Netzes zu verzichten. Die Versorgung der Bürger mit Universaldienstleistungen nach § 78 TKG wird sichergestellt.</p> <p>Wir bitten Sie, Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplan-gebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens zwei Monate vor Baubeginn, schriftlich anzuzeigen.</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Versorgungsträger werden vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen. Bestandspläne der Versorgungsunternehmen werden bei der Planung beachtet.</p>
<p><b>8. Stellungnahme: Landkreis Emsland</b>  <b>Datum: 08.04.2024</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u>  Zum Entwurf der o.g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

### Städtebau

Auf Seite 4 der Begründung wird auf die Regelungen des § 13 Abs. 1 BauGB Bezug genommen. Diese sind hier nicht anzuwenden.

### Naturschutz und Forsten

Naturschutzfachliche Belange:

Gem. dem Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatz nach § 13 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gilt es zunächst, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. Die Vermeidung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist für jeden Vorhabenträger verpflichtend und in jedem Fall Vorrang einzuräumen. Im Fall des Bebauungsplanes Nr. 276 ist das Augenmerk auf die naturschutzfachlich und artenschutzrechtlich bedeutenden Gehölzstrukturen an der Süd-, West- und Ostseite des Plangebietes zu richten.

Ungeachtet des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes nach § 13 BNatSchG wird durch die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes eine offene bzw. unversiegelte Grundfläche in Anspruch genommen und einer Bebauung zugeführt, d.h. eine Grundfläche in ihrer Gestalt und Nutzung verändert und geht für Natur und Landschaft dauerhaft verloren. Sie steht den Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum, Brut- und Nahrungshabitat oder Rückzugsgebiet nicht mehr zur Verfügung.

Die Veränderung der Gestalt und Nutzung der Grundflächen wird aus naturschutzfachlicher Sicht als erheblich betrachtet, da naturnahe Grün- und Gehölzstrukturen in nicht unerheblicher Größe und guter Ausprägung dauerhaft verloren gehen können.

Durch die zusätzliche Versiegelung der z. Zt. offenen Grundfläche lassen sich erhebliche Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes nicht ausschließen. Die Bauleitplanung bedarf daher einer Betrachtung der naturschutzfachlichen Belange.

Aufgrund der Beschaffenheit des Geltungsbereichs wird aus naturschutzfachlicher Sicht eine Berücksichtigung und Abhandlung der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG gesehen. Die entstehenden Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sind aus naturschutzfachlicher Sicht so zu betrachten und zu behandeln, dass sich die Beeinträchtigungen unterhalb der sogenannten Erheblichkeitsschwelle bewegen bzw. dass keine erheblichen Beeinträchtigungen für den Naturhaushalt und

Der Bezug zu § 13 Abs. 1 BauGB wird herausgenommen, da es sich um ein Verfahren nach § 13a BauGB handelt.

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB gelten im beschleunigten Verfahren in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 1 (Grundfläche weniger als 20.000 m<sup>2</sup>) Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Absatz 3 Satz 6 vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Im Rahmen der Aufstellung des B-Plan Nr. 276 umfasst die Gesamtfläche des Allgemeinen Wohngebietes (WA) 10.520 m<sup>2</sup>. Multipliziert mit der Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4, ergibt sich eine zulässige Grundfläche von 4.200,8 m<sup>2</sup>, die unter dem oben genannten Wert von 20.000 m<sup>2</sup> liegt. Somit ist die Eingriffsregelung obsolet. Hiervon macht die Stadt Papenburg gebrauch.



das Landschaftsbild zurückbleiben. Durch das Schaffen gleichwertiger Lebensräume und Biototypen ist dem dauerhaften Verlust der o.g. Lebensräume und Standorte für Tier- und Pflanzenarten unbedingt entgegenzuwirken. Im Sinne des Artenschutzes, einer funktionstüchtigen Ortsdurchgrünung und der Verbesserung der kleinklimatischen Verhältnisse sind die Beeinträchtigungen durch Neuanpflanzungen heimischer standortgerechter Obst- und/oder Laubgehölze aufzufangen.

#### Artenschutzrechtliche Belange:

Das Plangebiet wird allseitig von Gehölzstrukturen in unterschiedlicher Größe, Struktur und Ausprägung umgeben. Insbesondere die linearen Gehölzstrukturen an der West-, Süd- und Ostseite des Plangebietes besitzen artenschutzrechtlich eine hohe Bedeutung, da sie in unmittelbarer Verbindung und in Wechselbeziehungen mit weiteren Gehölzstrukturen stehen. Die angrenzenden Gehölzstrukturen setzen sich in alle Himmelsrichtungen fort und bilden einen gut strukturierten und nahezu lückenlosen Biotopverbund. Der Biotopverbund erfüllt eine herausragende Funktion als Wanderkorridor, Rückzugsgebiet und Lebensraum (Brut- u. Nahrungshabitat) zahlreicher Tierarten.

Das Plangebiet selbst zeichnet sich nach Auswertung aktueller Luftbilder als Grünland aus. Das Grünland wird offensichtlich in unregelmäßigen Abständen durch Mahd kurzgehalten. Aufgrund der umgebenden Nutzung (lockere Wohnbebauung) und der Abschirmung durch die randlichen Gehölzstrukturen kann das Plangebiet naturschutzfachlich und artenschutzrechtlich als ruhiges, nahezu ungestörtes Refugium bezeichnet werden. Die vielfältigen Strukturen lassen in Verbindung mit der ruhigen, nahezu ungestörten Lage darauf schließen, dass im und am Plangebiet zahlreiche Brutvogel- und Fledermausarten vorkommen. Das Vorkommen anderer Tiergruppen (z.B. Schmetterlinge) ist ebenfalls zu erwarten.

Eine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG kann durch die Bauleitplanung nicht ausgeschlossen werden. Demzufolge ist nachzuweisen, dass Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote nicht eintreten. Hierfür ist eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) erforderlich. Dabei sind Datengrundlagen zu verwenden, die belastbar und nicht älter als fünf Jahre sind und die das zu erwartende Artenspektrum hinsichtlich Erfassungstiefe und -zeitraum ausreichend abbilden. Dies gilt insbesondere für die Tiergruppe der Fledermäuse und der Brutvögel.

Die Stadt Papenburg hat das Büro für Landschaftsplanung – Diplomingenieur Richard Gertken, Werlte damit beauftragt, für den Betrachtungsraum dieser Bauleitplanung eine Biototypenkartierung und Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung - Brutvögel und Fledermäuse zu erarbeiten. Als Bewertungsgrundlage wurde 2022 eine Erfassung geschützter Tierarten (Brutvögel = 6 Begehungen in den frühen Morgenstunden zwischen März und Juni 2021 nach den Vorgaben von Südbeck et al. (2005): „Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands“ und Fledermäuse = 6 Begehungen von Mai bis September) durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden in die Bauleitplanunterlagen eingearbeitet.

Forstfachliche Belange:  
Forstfachliche Belange werden von der o.g. Bauleitplanung nicht berührt.

### **Wasserwirtschaft**

Aus wasserwirtschaftlicher Sicht bestehen gegen das o.g. Vorhaben Bedenken. Die geplante Ableitung des anfallenden Niederschlagswassers steht den in Kapitel 1.4 formulierten Zielen des Wasserrückhalts in der Fläche entgegen.

#### **Begründung:**

Im Kapitel 1.5.2.1 "Oberflächenentwässerung" wird dargelegt, dass die Ableitung des Oberflächenwassers über die vorhandenen Entwässerungsgräben erfolgen soll. Eine Rückhaltung des anfallenden Wassers über Versickerung oder ein zentral betriebene Rückhalteanlage ist nicht geplant.

Grundsätzlich ist das anfallende Niederschlagswasser auf den einzelnen Grundstücken zu versickern. Dieses ist ein wesentlicher ökologischer Beitrag zur Sicherung der Grundwasserneubildung.

Nur wenn der Untergrund und die Beschaffenheit des Niederschlagswassers eine Versickerung nicht zulassen, ist die Einleitung in den nächsten Vorfluter zulässig. Hierbei ist eine Rückhaltung – eventuell mit dem Oberflächenwasser weiterer bestehender Baugebiete - vorzusehen. Ziel der Planung muss sein, dass dem Vorfluter nach der Bebauung pro Zeiteinheit nicht mehr Wasser zugeführt wird als vorher aus der unbebauten Fläche angefallen ist. Die zur Umsetzung der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen notwendigen Flächen sind vorzuhalten und in der Planung zu berücksichtigen.

Für die Ableitung des im Plangebiet anfallenden Oberflächenwassers ist daher eine wasserwirtschaftliche Voruntersuchung durchzuführen. Die hieraus resultierenden wasserwirtschaftlichen Vorgaben zur Niederschlagswasserbeseitigung für den Bebauungsplan sind mit der unteren Wasserbehörde abzustimmen und im Bebauungsplan einzuarbeiten. Im Einzelfall kann es notwendig sein, wasserrechtliche Verfahren bis zur Entscheidungsreife voranzubringen, bevor die Bauleitplanung verabschiedet werden kann.

Zur Kenntnisnahme.

Aufgrund des geringen Flurabstandes zum mittleren Grundwasserspiegel von unter einem Meter und des schlecht wasserdurchlässigen oberflächennahen Torfes ist eine Versickerung des Oberflächenwassers im Plangebiet nur sehr eingeschränkt möglich. Nur bei Austausch des Torfes und Aufhöhung des Geländes zur Herstellung des erforderlichen Flurabstandes ist es möglich, die für eine Versickerung (und dann auch nur) in oberflächigen Versickerungsmulden erforderlichen Bedingungen zu erhalten. D.h., dass eine Versickerung nur mit hohem Aufwand und dann nur oberflächlich möglich ist, was in der Praxis, neben der hierfür zusätzlich bereitzustellenden Flächen von den Bauwilligen nur schwer vermittelbar und umsetzbar ist. Das anfallende Dach- und Oberflächenwasser ist, sofern es nicht als Brauchwasser genutzt wird, daher über den öffentlichen Regenwasserkanal und Rückhaltung in einem zentralen Regenrückhaltgraben mit gedrosselter Einleitung in die Vorflut abzuleiten. Hierfür wird ein entsprechender Nachweis im Zuge der Entwässerungsgenehmigung eingereicht.

<p>Hinweis für die Stadt Papenburg:          Die Planungen betreffen die Belange des Wasser- und Bodenverbandes (WBV) "Aschendorfer Ober- u. Untermoor". Der WBV ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zu beteiligen.</p> <p><b>Straßenbau</b>          Das Plangebiet befindet sich innerhalb der Ortsdurchfahrt an der Kreisstraße 106 in Aschendorf OT Moor bei km 0,170 bis km 0,290 - Nordseite.</p> <p>Gegen die Bauleitplanung bestehen aus straßenbau- und verkehrlicher Sicht keine Bedenken, wenn aus Gründen der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs Folgendes beachtet wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bei Bauvorhaben, welche direkt zur Kreisstraße 106 erschlossen werden, ist der Landkreis Emsland, Fachbereich Straßenbau, zu beteiligen.</li> </ul>	<p>Zur Kenntnisnahme und Beachtung.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Der nachfolgende Hinweis wird in die Begründung und den Planteil aufgenommen.</p>
<p><b>9. Stellungnahme: Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Hannover</b>  <b>Datum: 07.03.2024</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u>          Eine Ausbauentscheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung:</p> <p>Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH          Neubaugebiete KMU          Südwestpark 15          90449 Nürnberg</p> <p>neubaugebiete.de@vodafone.com</p> <p>Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.</p> <p>Weiterführende Dokumente:</p> <p>Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH Zeichenerklärung Vodafone GmbH Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH	

**VERFAHRENSGANG:      Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**

Von der Öffentlichkeit wurden keine grundlegenden Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen.

Aufgestellt:  
Papenburg, 05.11.2024  
Ing.-Büro W. Grote GmbH